

Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zur Einkommensrunde 2009 in den Ländern

Nach ausführlicher Diskussion am 8./9. Dezember 2008 wurden folgende Forderungen der Bundestarifkommission ver.di unter Beteiligung von GEW und GdP einstimmig für die Einkommensrunde 2009 in den Ländern beschlossen.

- Lineare Erhöhung um 8%, mindestens 200 €
- Verlängerung Übergangsrecht
- Übernahme von Auszubildenden
- Festbetrag von 120 € für Auszubildende
- 12 Monate Laufzeit
- Die Ergebnisse sind zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Festzustellen ist, dass die Bezahlung der Arbeitnehmer und Beamten in den Ländern von der Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft und vom öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen nachhaltig abgekoppelt ist. Insbesondere in den vergangenen Jahren haben Arbeitnehmer und Beamte in den Ländern durch geringe Einkommenszuwächse und zusätzliche Sonderbelastungen einen hohen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten müssen. Diese langjährige Politik der Einkommenseinbußen muss nun auch in den Bundesländern gestoppt werden.

Hierfür müssen auch Beamtinnen und Beamte in NRW mit den Beschäftigten gemeinsam kämpfen, denn der Ministerpräsident hat bereits zugesagt, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich zu übernehmen. Die Tarifverhandlungen finden am 19. und 26. Januar und am 14./15. Februar 2009 statt.

